

In keiner Weise akzeptabel: Arbeitgeber bieten zwei weitere Jahre Reallohnverlust

Mit unseren gezielten Warnstreiks haben wir den Arbeitgebern auf die Sprünge geholfen. Sie mussten sich sang- und klanglos von ihrer Nicht-Angebotspolitik verabschieden. Doch das, was sie ein „faires Angebot“ nennen, ist eher ein schlechter Witz als ein ernsthaftes Angebot.

Wir rechnen nach:

Arbeitgeber wollen Reallohnverluste zementieren

Die Arbeitgeber „bieten“ eine Erhöhung von 2,1 % ab dem 1.5.2012 und eine weitere von 1,2 % ab dem 1.3.2013 bei einer Laufzeit von 24 Monaten bis zum 28.2.2014.

Das bedeutet real:

Zwei weitere Jahre Reallohnverlust

Denn die 2,1 % für das erste Jahr und die 1,2 % für das Folgejahr (inklusive der Einmalzahlung, siehe unten) ergeben mitnichten die in die Öffentlichkeit hinausposaunten 3,3 %, sondern auf die 24-monatige Laufzeit bezogen durchschnittlich nur **1,77 %**. Und das bei einer Inflationsrate von 2,5 % in 2012 und erwarteten 2,0 % in 2013!

- Das ist angesichts des Nachholbedarfs der Beschäftigten der blanke Hohn. Das würde den Abstand zur Privatwirtschaft nicht etwa verringern, sondern weiter vergrößern.

Wir sind empört:

Mogelpackung „soziale Komponente“

Der Reallohnverlust und die Preissteigerungen der vergangenen Jahre haben insbesondere die Kollegen/-innen mit einem geringen Einkommen schwer getroffen. Deshalb fordern wir einen Mindestbetrag von 200 Euro.

- Jetzt warten die Arbeitgeber mit einer Mogelpackung auf. Sie bieten eine Einmalzahlung von 200 Euro als Ausgleich für die tariflosen Monate März und April und nennen das frecher Weise eine „soziale Komponente“. Da lachen die Hühner – denn dieses Angebot hat mit einer echten sozialen Komponente so viel zu tun wie ein Sonnentag im Winter mit dem Hochsommer.



Wir sind es Wert! 6,5 % mindestens 200 Euro.

Wir sind sauer:

Kalte Schulter für Azubis

Ebenso empörend, wie die Auszubildenden abgespeist werden soll:

- das gleiche augenwischerische Prozentangebot, plus eine Einmalzahlung von 40 Euro,
- keinerlei Bewegung bei der Übernahme,
- und die ganz große Heuchelei bei den Fahrkosten zur auswärtigen Berufsschule, die man erst ab 75 Euro monatlich, also eigentlich überhaupt nicht, übernehmen will.

Wir haben es satt:

Infragestellen von Spartenforderungen

Bei soviel Pseudoangeboten passt es ins Bild, wenn die Arbeitgeber rundweg die Berechtigung der besonderen Forderungen

der Kolleginnen und Kollegen des Versorgungsbereichs, der Sparkassen, der Flughäfen und an Theatern und Bühnen einfach abstreiten.

Wir sind entschlossen:

Jetzt eine Schippe drauflegen!

130.000 Kollegen/-innen haben sich in der vergangenen Woche an den Warnstreiks und Aktionen beteiligt. Das hat die Arbeitgeber unter Zugzwang gesetzt. Nur deshalb haben sie ihr – wenn auch völlig unzureichendes – Angebot vorgelegt.

- Jetzt gilt es, bis zur nächsten Verhandlungsrunde am 28. März noch eine Schippe draufzulegen. Damit die Arbeitgeber begreifen, dass es uns bitterernst mit unseren Forderungen ist. Denn:

**Wir sind es wert,
was wir fordern.**

WARNSTREIK: UNSER GUTES RECHT

Maßregelungen durch den Arbeitgeber – wie Abmahnungen oder Ähnliches – wegen der Teilnahme an einem Streik **sind ebenso verboten wie** die Anordnung von **Streikbrecherarbeiten** für Beamtinnen und Beamte.



Teile und herrsche...

...legte Niccolò Machiavelli (1469 – 1527) den Fürsten als strategische Orientierung zur Sicherung ihrer undemokratischen Herrschaft ans Herz. Soll heißen: Spalte Deine Widersacher auf, damit sie sich untereinander in die Wolle kriegen, nie ihre gemeinsame Kraft entdecken und so besser im Zaum gehalten werden können. Immer dann, wenn die Tarifrunde des öffentlichen Dienstes in die heiße Phase geht, erinnern sich die arbeitgeberfreundlichen Meinungsmacher unserer Medien der machiavellischen Maxime und legen los: Krokodilstränen über den harten Job der Krankenschwestern und bösen Spott über die Arbeitsleistungen der normalen Angestellten. Ersteren spricht man gönnerhaft die Berechtigung der Forderungen zu. Letztere weist man barsch in die Schranken. Ein – leicht durchschaubares – Spaltungsmanöver. Dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht darauf reinfallen, haben sie in den mächtigen Warnstreiks der vergangenen Tage bewiesen. Ob Verwaltungsangestellte/r, Busfahrer/-in, Stadtwerker/-in, Erzieher/-in, Müllwerker/-in oder Krankenschwester/-pfleger – nur zusammen haben wir eine Chance, unsere Forderungen durchzusetzen.



**WIR
SIND ES
WERT.**

Jetzt kommt es auf uns alle an!



Nach dem Nullangebot ging die erste Runde klar an ver.di 130.000 im Warnstreik

Übernahme gegen Fachkräftemangel

Fachkräftemangel – in dieser Frage sehen die Arbeitgeber vor lauter Scheuklappen nicht die naheliegende Lösung: Mehr junge Menschen ausbilden, nach der Ausbildung übernehmen und attraktive Berufsperspektiven bieten.

- Das können die Sturköpfe im Arbeitgeberlager von modernen Privatunternehmen lernen – findet nicht nur die ver.di Jugend.



FOTOS (B): KAY HERSCHELMANN



Gegen die Zwei-Klassen-Gesellschaft bei Theatern und Bühnen

Unsere Arbeitgeber gehen wahrscheinlich häufig ins Theater, aber dafür scheuen sie den Blick hinter die Kulissen. Denn sie streiten nichtwissend rundweg ab, dass unterschiedliche Bezahlung bei ein und demselben Job an vielen städtischen Bühnen und Theatern gang und gebe ist. Das wollen wir ändern:

- Deshalb fordert ver.di die Klarstellung, dass auch die technischen Beschäftigten mit künstlerischen Tätigkeiten unter den Geltungsbereich des TVöD fallen.



Sparkassen: Sich regen bringt Segen

Die Beschäftigten der Sparkassen machen mobil. Ihnen stinkt es, dass die Sparkassen vor allem bei den eigenen Beschäftigten sparen. Tatsache ist, dass Sparkassier im Vergleich zum privaten Bankgewerbe zwischen 250 und 300 Euro weniger verdienen. Das macht die Sparkasse zum unattraktiven Arbeitgeber:

- Deshalb wollen wir nach dieser Tarifrunde mit den Arbeitgebern über eine Sparkassenzulage verhandeln.



Flughäfen: Ausgleich für zusätzliche Belastungen

Die Beschäftigten der Flughafen-gesellschaften müssen immer mehr zusätzliche Sicherheitsvorschriften erfüllen. Neue Anforderungen und zusätzliche Aufgaben durch „Safety“ und „Security“ haben zusätzliche Belastungen gebracht:

- Dafür fordern die Beschäftigten als Ausgleich eine Zulage von 90 Euro monatlich.



8. März: Für Frauenrechte und berechnete Forderungen

Ganz vorn dabei auf den Warnstreiks am Weltfrauentag: unsere ver.di-Frauen.



Junge Menschen brauchen Perspektiven Zukunftschancen für Auszubildende

Junge Menschen haben nicht nur ein Recht auf eine Ausbildung – sondern auch auf eine existenzsichernde Vergütung und sichere Perspektiven nach der Ausbildung. Dazu fühlen sich die öffentlichen Arbeitgeber nur halbherzig verpflichtet. Da muss eine andere Weichenstellung her. Auch darum geht es in dieser Tarifrunde.

Zukunftschance: Existenzsicherndes Einkommen

Für die meisten Auszubildenden muss die Ausbildungsvergütung schon lange nicht mehr nur den Minimalzweck einer finanziellen Unterstützung erfüllen. Vielmehr muss sie immer häufiger Existenz sichern. Wenn wir vom derzeitigen Stand der Ausbildungsvergütung ausgehen, dann reicht sie hinten und vorne nicht. Zumal die Preissteigerungen bei Miete, Verkehrsmitteln, Ernährung und Kleidung bekanntlich diejenigen am härtesten treffen, die am wenigsten verdienen.

- All das sind gute Gründe, die für die Forderung nach einer Erhöhung der Ausbildungsvergütung um **100 Euro** sprechen.

- Und erst recht verständlich ist es, wenn wir die verbindliche Übernahme der **zusätzlichen Fahrtkosten** fordern, die bei Besuch einer auswärtigen Berufsschule anfallen und bis zu 10 % der Ausbildungsvergütung „auffressen“ können.

Zukunftschance: Unbefristete Übernahme...

...und zwar als Regelfall. In der Tarifrunde 2010 konnte ver.di erstmals das „Nein“ der Arbeitgeber zur Übernahme knacken und eine eingeschränkte Regelung durchsetzen.

- Jetzt muss der nächste Schritt folgen: die unbefristete Übernahme für alle Auszubildenden.
- Die Regelung muss so gestaltet sein, dass sie von den Arbeitgebern nicht mit Befristungen oder viel zu niedriger Eingruppierung unterlaufen werden kann.



Ausbildung: Arbeitgeber überhaupt nicht vorbildlich

Der öffentliche Dienst muss Vorbild sein. Diese Funktion nehmen die Arbeitgeber aber in Sachen Ausbildung nicht wahr.

Beispiel: In der Privatwirtschaft liegt die Ausbildungsquote bei 6,9 %. Die Kommunen kommen auf lediglich 3,8 %, die Länder sogar nur auf 2,5 % und lediglich der Bund kann sich mit 6,7 % sehen lassen.

Warum ver.di? Darum ver.di!

Farbe bekennen! Du bist Tariferfolg!

Okay, wir alle haben so unsere Schwächen und versuchen – vielleicht auch zu oft – ohne anzuecken durch's Leben zu kommen. Aber manchmal kann man dem Ärger einfach nicht aus dem Weg gehen. Dann heißt es: **Farbe bekennen. Und so, wie die Tarifrunde läuft, muss man sich entscheiden – entweder abtauchen oder mit ver.di gemeinsam **Farbe bekennen**.**

Farbe bekennen: Jetzt wird es ernst

Die Arbeitgeber schalten auf stur und provozieren. Wer weiß, was seine Arbeit wert ist, muss jetzt aktiv werden und ver.di stärken. Denn schenken wird man uns nichts – deshalb zählt nur die Kraft und Handlungsfähigkeit deiner Gewerkschaft. Es gilt:

- Nur wenn wir ver.di stärken setzen wir unseren berechtigten Anspruch auf ein gerechtes Einkommen durch.

Farbe bekennen: Mach' dich stark

Allein machen sie dich ein – in harten Zeiten kommt niemand an dieser „einfachen“ Wahrheit vorbei. Nur eine starke Gewerkschaft kann in einer Auseinandersetzung bestehen. Nur auf eine starke Gewerkschaft ist Verlass.

- Wer ver.di stärkt, macht sich selbst stark. Nur mit ver.di können wir durchsetzen, was wir wert sind.

Farbe bekennen: Mach' dich sicher

ver.di ist gerüstet. Für unsere Mitglieder zahlen wir Streikgeld, wenn es hart auf hart kommt. Sie haben Anrecht auf Rechtsschutz in Arbeits-, Verwaltungs- und Sozialgerichtsverfahren – wenn nötig bis in die letzte Instanz.

- Hinzu kommt: Auch im „normalen“ Arbeitsalltag stehen wir unseren Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite – am Arbeitsplatz und ortsnahe in den Bezirken.

Also: Mitglied werden. ver.di stärken. Denn Du bist ver.di!